

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1664/2013/1 zur Sitzung Stadtrat am 30.10.2013**

Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag „Bürgerforen: Ausdehnung der Erprobungsphase und Einrichtung von Jugendforen,, der ÖDP-Stadtratsfraktion (1664/2013) (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dem Stadtrat eine zusammenfassende Auswertung des Bürgerbeteiligungsverfahrens „Meine Stadt. Meine Ideen.“ vorzulegen. Dabei soll es ausschließlich um die Frage der Methodik gehen (Rücklaufquote, Teilnehmendenstruktur untergliedert nach Alter, Geschlecht, Herkunft etc., Kosten).

Anschließend entscheidet der Rat über eine dauerhafte Fortführung der Bürgerforen. Darüber hinaus ist zu beschließen, in wieweit sich neben der Verwaltung auch der Stadtrat bzw. die jeweils zuständigen Ausschüsse mit den Vorschlägen aus den Bürgerforen befassen können.

Begründung:

Ziel des ursprünglichen Antrags war es, die Menschen in Mainz zum bürgerschaftlichen Engagement zu motivieren und beratend an kommunalpolitischen Entscheidungen teilhaben zu lassen. Dafür erscheint das Modell der auf dem Zufallsprinzip beruhenden Bürgerforen (nach dem Modell der Bürgerräte u. a. in Vorarlberg) in höchstem Maße geeignet. Eine Verengung auf einzelne spezifische Gruppen ist konträr zum Grundgedanken der Bürgerräte (freie Themenwahl, keine Interessensgruppen).

gez.

Dr. Eckart Lensch, SPD-Stadtratsfraktion

Sylvia Köbler-Gross, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Walter Koppius, FDP-Stadtratsfraktion